

Newsletter Ralph Lenkert / Nov 2010

Liebe Leserinnen und Leser,

Laufzeitverlängerung, Atomstrom statt Windkraft, Stärkung von Konzernmonopolen und Schwächung von Stadtwerken – das ist das kurze Fazit der letzten Tage, wenn es um Energie geht.

Die Atomgesetze gehen an BürgerInnen vorbei

In der Umweltausschusssitzung des Bundestages vom 25. Oktober erlebte ich die bis dahin schrecklichste Sitzung meiner Legislaturperiode (1 Jahr).

Was war geschehen?

Es sollte die Verabschiedung der zwei Novellen des Atomgesetzes (ATG) beschlossen werden. Im konkreten beinhalten diese eine Gesamtlaufzeitverlängerung für die 17 Atommeiler, bei geschätzten Zusatzgewinnen für die Atomlobby zwischen 67 und 120 Milliarden Euro.

Die Gesamtlaufzeit ist jene Zeitspanne, die ein Atomkraftwerk ab der Genehmigung des kommerziellen Betriebes bis zur endgültigen Betriebseinstellung arbeitet.

Ich hatte noch einige Fragen und offene Punkte, die weder in der Anhörung am 21.10. noch im Umwelt-Ausschuss beantwortet oder geklärt wurden:

- Sicherheitsfragen im Allgemeinen – jeder Automobilhersteller hat ein strengeres Qualitätsmanagementsystem als die Atomindustrie.
- die Sicherung der Atomkraftwerke bei einem Flugzeugabsturz - ist fast nicht gegeben, obwohl es möglich wäre
- die Endlagerung des Atommülls – Wo? In der Erdgaslagerstätte Gorleben?
- die finanziellen Auswirkungen der Laufzeitverlängerung auf die Volkswirtschaft insgesamt
- Wie sicher ist ein Kraftwerk, das in den 1960/ 1970 für 40 Jahre Laufzeit entwickelt und geplant wurde und das dann, ohne dass entscheidende Bauteile gewechselt werden können, 50 Jahre laufen soll?

Sie sollten wohl nicht beantwortet werden, deshalb hat die Regierungskoalition unter beispielloser Verachtung der Demokratie und der Regeln des Bundestages die Atomgesetze durchgepeitscht.

Abgesehen davon, dass es insgesamt zu wenig Zeit zur Beratung für das neue Energiekonzept gab, waren für die Atomgesetze nur 4 Stunden Anhörung vorgesehen. Im Ausschuss wollten CDU und FDP jede inhaltliche Debatte verhindern. In einer juristischen Debatte über 1½ Stunden konnte sich die Opposition wenigstens 45 Min. inhaltliche Diskussion zu den Atomnovellen erkämpfen. Die Krönung dieser Sitzung war, dass mein Antrag auf die Einhaltung der Regeln des Bundestages mit Mehrheit abgelehnt wurde.

Die Koalition nutze ihre Mehrheit in diktatorischer Manier und schaffte es, die Beschlussempfehlung für die zwei ATG-Novellen durchzubringen. Auf die Mitglieder mit beratenden Beschlussempfehlungen des Umweltausschusses verzichtete die Koalition, sonst hätte sie dort ebenfalls ca. 45 Min. inhaltliche Diskussion zulassen müssen.

Es ist erschreckend, wie offensichtlich in der Bundespolitik für RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW Politik betrieben wird. Diese Konzerne werden auch in Zukunft Milliarden-Gewinne einfahren.

Wenn man dann noch darauf eingeht, was diese Konzerne selbst dafür unternehmen, um Millionen zu sparen und genau diese Millionen an Steuern dem Staat entgehen, wird man fast ohnmächtig.

RWE zum Beispiel wird noch dieses Jahr 92 seiner 193 Brennstäbe austauschen und somit zum Jahreswechsel 280 Millionen Euro Steuern sparen. Somit entgeht RWE den geforderten Steuern, die mit dem neuen Gesetz ab 1. Januar 2011 in Kraft treten. Eigentlich wollte die Bundesregierung durch dieses neue Gesetz 2,3 Milliarden Euro einnehmen. Nebenbei sei erwähnt, dass auch EnBW im Kraftwerk Neckarwestheim II in den vergangenen Wochen im Rahmen einer Revision 56 von 193 Brennelementen ausgetauscht hat.

Diese und weitere Tricks nimmt die Regierung gelassen hin – bei 20 Euro „zu viel“ gezahltem Kindergeld an ALG2 EmpfängerInnen wurde jedoch gnadenlos rückgefordert.

Gleichzeitig wird verhindert, dass Städte eine zukunftsfähige Energieinfrastruktur aufbauen können. Denn bisher konnten sie annehmen, dass die Atommeiler 2022 vom Netz gehen. Viele Planungen in eigenen Kraftwerken sind jetzt rausgeworfenes Geld. Somit wird der Strom, den Sie von städtischen Energieunternehmen beziehen, wieder teurer werden und die Monopolstruktur der vier großen Konzerne gestärkt. Abgesehen davon, dass Sie als Steuerzahler die Endlagerung teuer bezahlen werden, ich zitiere den Sachverständigen: „Weil wir nicht wissen wie hoch die Kosten für die sichere dauerhafte Endlagerung sein werden, haben wir für diese Endlagerung keine Kosten eingerechnet.“

Eine Energieversorgung ohne Atomstrom wäre bei entsprechenden Willen in 2 Jahren sicher zu schaffen und in weiteren 30 Jahren wäre ein Umstieg auf

- Solarenergie
- Windenergie
- Geothermie für Energiegewinnung
- Biomasse für Energiegewinnung
- Wasserkraft für Energiegewinnung
- neue Speichertechnologien

technisch und zu finanziell machbar, ohne das es zu über die jetzigen Preisrunden hinausgehende Strompreissteigerungen geben muss. Aber die Gewinne könnten dann bei Stadtwerken zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger entstehen.

Dies ist meine Überzeugung. Bei allen Informationen die Sie in den Medien, von bezahlten Wissenschaftlern und Fachleuten erhalten – stellen Sie immer eine Frage „ Wem nützt dies – wer profitiert davon?

Ich wünsche Ihnen einen nicht zu trüben November

Ralph Lenkert